

## 2. Solidaritätsbekundungen

### Arbeit für alle durch Arbeitszeitverkürzung — Erklärung des DGB- Bundesausschusses vom 6. Juni 1984

#### I.

Der DGB-Bundesausschuß erklärt den Streikenden und Ausgesperrten seine volle Solidarität. Er bestärkt die im Arbeitskampf stehenden Gewerkschaften in ihrem Willen, auf dem Weg der Arbeitszeitverkürzung im Interesse aller Arbeitnehmer einen entscheidenden Schritt voranzukommen.

Seit sechs Jahren haben die Arbeitgeber die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit einem Tabu belegt. Sie halten daran trotz dramatisch gestiegener Arbeitslosigkeit, trotz materieller Vorleistungen der Arbeitnehmer durch Reallohneinbußen, trotz ständig wachsender Produktivität, bis heute fest.

„Keine Minute unter 40 Wochenstunden“ ist keine Verhandlungsposition, sondern ein Tarifdiktat. Wer Tarifdiktate aufstellt, provoziert den Arbeitskampf. Wer aussperrt, heizt den Arbeitskampf an. Jede Aussperrung ist eine Kriegserklärung an die gesamte Gewerkschaftsbewegung.

IG Metall und IG Druck und Papier haben ihre Ausgangsforderung „35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich“ in vielfacher Hinsicht in Richtung auf einen tragfähigen Kompromiß konkretisiert. Die IG Metall bot beispielsweise an, über einen Stufenplan zu verhandeln. Die IG Druck und Papier brachte eine kostenneutrale Lösung ins Gespräch. Die Arbeitgeber blieben stur. Wer nach wochenlangem Arbeitskampf seine Ausgangsposition im Kern nach wie vor für unverrückbar erklärt, will keinen Kompromiß, sondern die Kapitulation des Tarifpartners. Er übernimmt die Verantwortung für Dauer und Ausmaß des Arbeitskampfes.

## II.

Der DGB-Bundesausschuß fordert die Arbeitgeber auf, sich nicht länger von ihrer eigenen Propaganda in die Irre führen zu lassen. Die Arbeitgeber haben mit einem anderen Ergebnis der Urabstimmungen gerechnet. Sie haben die Kampfbereitschaft der betroffenen Arbeitnehmer unterschätzt. Sie haben die Solidarbereitschaft der Mitgliedsgewerkschaften des DGB nicht einkalkuliert.

Die Arbeitnehmer wissen, daß sie einen notwendigen Kampf für ein vernünftiges Ziel führen: Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch die gerechtere Verteilung der Arbeit. Die Alternative wäre, Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe als Dauerzustand hinzunehmen oder, wie es das „Flexi-Konzept“ von Gesamtmetall vorschlägt, selbst noch eine Million Arbeitslose einfach als Vollbeschäftigung zu definieren.

## III.

Die Bundesregierung hat die Arbeitgeber in bisher nicht gekannter Weise von Anfang an in ihrer starren Verweigerungshaltung unterstützt. Sie hat sich gemeinsam mit den Arbeitgebern hinter dem Tabu-Katalog verschanzt und zeigt sich jetzt enttäuscht darüber, daß der gewerkschaftliche Kampf gegen diesen Tabu-Katalog auch gegen sie gerichtet sei. Wenn die Bundesregierung inzwischen die Politisierung des Arbeitskampfes beklagt, dann kann sie dies nur in der unglaublichen Rolle des Biedermannes. Denn auch der politisch motivierte Rechtsbruch der Bundesanstalt für Arbeit, an mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, wird von ihr zumindest mitgetragen.

Die Arbeitnehmer mußten erfahren, daß der versprochene Aufschwung nur ein Aufschwung der Gewinne ist ohne nachhaltige positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung unternimmt jetzt den durchsichtigen Versuch, ihre unbewältigten Probleme und begangenen Fehler eilig den

Gewerkschaften in die Schuhe zu schieben: Das Andauern der Beschäftigungskrise, ein baldiges Ende des Aufschwungs, die Gefährdung der Steuerreform und was immer in den Tagen und Wochen noch dazu kommen mag, wurde mit dem Arbeitskampf in Zusammenhang gebracht. Hier wird vorsorglich ein Sündenbock für die schlimmen Folgen einer beschäftigungspolitisch verfehlten und unsocialen Politik gesucht.

Der DGB-Bundesausschuß ist überzeugt: Die starre Verweigerungshaltung der Arbeitgeber, die Eskalation der menschenverachtenden Aussperrung und die propagandistische Falschmünzerei der Bundesregierung werden alle Gewerkschaften auch in der Zukunft mit geschlossener Solidarität beantworten. Denn: Wir wollen Arbeit für alle durch Arbeitszeitverkürzung.

## Ein europäischer Aktionstag - Erklärung des Europäischen Gewerkschaftsbundes vom 14./15. Juni 1984

### Zur Verkürzung der Arbeitszeit: Solidaritätsaktionen in Europa

Die Arbeitslosigkeit ist in Europa das größte Übel. Sie muß daher bekämpft werden. In dieser Hinsicht ist die Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich ein unabdingbares und vorrangiges Mittel.

Die Arbeitgeber verweigern immer noch weitere Verhandlungen auf europäischer Ebene. In einigen Ländern haben die Arbeitgeber die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung zum Tabu erklärt. Lieber nutzen sie jedes Mittel, wie z. B. die Aussperrung in der Bundesrepublik Deutschland, um sich einer gerechteren Aufteilung der verfügbaren Arbeit und damit dem Recht auf Arbeit für alle zu widersetzen. Mit dieser Haltung finden sie die Unterstützung politischer Kreise - wie augenblicklich in der Bundesre-

publik Deutschland durch die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit, den kalt Ausgesperrten Zahlungen zu verweigern.

Der EGB stellt fest, daß der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung in allen Ländern in eine entscheidende Phase getreten ist. Die Streikbemühungen in der Bundesrepublik Deutschland haben bisher ungeahnte Ausmaße angenommen.

Der EGB und seine angeschlossenen Organisationen versichern die streikenden und ausgesperrten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland der vollen Solidarität. Sie werden ihren Kampf mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Der EGB begrüßt und unterstützt die Initiative des Europäischen Metallarbeiterbundes (EMB), die europäischen Metallarbeiter zu einem europäischen Aktionstag für den 19. 6. 1984 aufzurufen. Er bittet die ihm angeschlossenen Bünde, diese Initiative mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.

Der Europäische Rat von Fontainebleau muß sich der Wichtigkeit bewußt sein, die die Arbeitnehmer der Arbeitszeitverkürzung beimessen. Der Exekutivausschuß beauftragt das Sekretariat, in engerer Zusammenarbeit mit dem DGB einen europäischen Aktionstag zu organisieren, um das gemeinsame Ziel der Arbeitszeitverkürzung zu erreichen.

## Tor zur 35-Stunden-Woche aufgestoßen —

### Erklärung des DGB -Bundesvorstandes vom 4. Juli 1984

Zum Abschluß seiner Juli-Sitzung verabschiedete der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf folgende Erklärung zum Abschluß

des Tarifkonflikts in der Metall-Industrie und zur Verhandlungssituation bei IG Druck und Papier.

1. Das von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vor mehr als sechs Jahren aufgestellte und rücksichtslos verteidigte Tabu der 40-Stunden-Woche ist durchbrochen. Damit wurde das Tor aufgestoßen für die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit, auch über den Bereich der Metall-Industrie hinaus.

2. Der DGB-Bundesvorstand sichert der IG Druck und Papier in ihrem Kampf volle Solidarität zu. Das destruktive Verhalten der Arbeitgeber in dieser Tarifrunde wird vom Bundesverband Druck in einer jeder Beschreibung spottenden Weise auf die Spitze getrieben. Der DGB-Bundesvorstand fordert die Arbeitgeber der Druck-Industrie mit allem Nachdruck auf, endlich den Weg für eine Lösung des Tarifkonflikts in dieser Branche frei zu machen.

3. Arbeitszeitverkürzungen schaffen und sichern Arbeitsplätze. Arbeitszeitverkürzungen geben den jetzt Arbeitslosen und der jungen Generation eine Perspektive: Sie sind ein entscheidendes Instrument zur sozialen Bewältigung der Auswirkungen des Einsatzes der neuen Technologien. Das gilt für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit wie für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Gewerkschaften im DGB waren erfolgreich in der Durchsetzung einer Vorruhestandsregelung. Damit hat sich gezeigt: Versuche, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit gegen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auszuspielen, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt.

4. Der Bundesvorstand des DGB hebt hervor, daß die Vereinbarung über die Verkürzung der regermäßigen wöchentlichen Arbeitszeit durch eine wirksame Überstundenregelung ergänzt wurde. Da die Regierungskoalition nicht fähig ist, die aus dem Jahre 1938 stammende Arbeitszeitordnung den heutigen Verhältnissen anzupassen, müssen die Gewerkschaften selbst handeln.

5. Die betrieblichen Interessenvertretungen hatten bei der Umsetzung von Tarifverträgen schon immer eine wichtige Funktion. Die von der IG Metall jetzt getroffenen Vereinbarungen erhöhen ihre Verantwortung. Der DGB-Bundesvorstand ist sicher, daß sie dieser Verantwortung gerecht werden.

6. Der Kompromiß in der Metall-Industrie ist aus gewerkschaftlicher Sicht umso höher zu bewerten, als die Bundesregierung durch ihre massive Parteinarbeit für die Verhandlungsposition der Arbeitgeberverbände und durch den rechtswidrigen Versuch, die Zahlung von Kurzarbeitergeld zu verweigern, wesentlich zur Verschärfung des Arbeitskampfes beigetragen hat. Unabhängige Gerichte mußten diesen versuchten Rechtsbruch stoppen.

7. Die Arbeitgeber versuchten, diesen Konflikt planmäßig dazu zu benutzen, die Industriegewerkschaft Metall, und damit die deutsche Gewerkschaftsbewegung insgesamt, entscheidend zu schwächen. Vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise sollte den Gewerkschaften

eine Lektion über Machtverhältnisse in der Bundesrepublik erteilt werden. Aussperrung und kalte Aussperrung in einem massenhaften Umfang waren die Instrumente dafür. Aber damit nicht genug: Die Metallindustriellen haben öffentlich den Plan einer bundesweiten Angriffsaussperrung erwogen. Dieser Vorgang zeigt, daß die Arbeitgeberverbände unter bestimmten Umständen bereit sind, über Recht und Gesetz hinwegzugehen, wenn es um die Durchsetzung ihrer Interessen geht.

8. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht den am Arbeitskampf beteiligten Mitgliedern der Gewerkschaften - Streikenden, Ausgesperrten und kalt Ausgesperrten - seinen Dank und seine Anerkennung für ihre Kampfbereitschaft und ihr Durchhaltevermögen aus. Der DGB-Bundesvorstand spricht seinen Dank ebenso denjenigen Mitgliedern von DGB-Gewerkschaften aus, die - teilweise unter Inkaufnahme persönlicher und beruflicher Risiken - den Aufrufen des DGB zur Teilnahme an Solidaritätsveranstaltungen gefolgt sind.